



7. Sitzung

am Dienstag, dem 10. Dezember 2013, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 257

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER
"Für eine kindgerechte Bildungspolitik - G 9 zulassen!"

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER)..... 257
Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU)..... 258
Dr. Simone Strohmayr (SPD)..... 259
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 260
Otto Lederer (CSU)..... 261
Prof. Dr. Michael Piazolo
(FREIE WÄHLER)..... 262
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)..... 263
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 265

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)
EADS-Standort Unterschleißheim - Arbeitnehmer- und Standortinteressen wahren - Bericht über Gespräch des Wirtschaftsministeriums bei Cassidian in Unterschleißheim (Drs. 17/166)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu Krisenunternehmen in Bayern (Drs. 17/182)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Arbeitsplatzverlust bei EADS verhindern - Bayerns Kompetenz in der Luft- und Raumfahrt-technik stärken (Drs. 17/183)

(Aussprache siehe Plenarprotokoll 17/6 vom 04.12.2013)

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/166.. 266

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/182 (in geänderter Fassung)..... 266

Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/183... 266

Wahl eines Mitglieds für den Gefängnisbeirat der Justizvollzugsanstalt Nürnberg

Beschluss..... 267

Bestellung von Mitgliedern für den politischen Beirat des NS-Dokumentationszentrums München

Beschluss..... 267

Abstimmung über einen Verordnungsentwurf und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Beschluss..... 267

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben

(Drs. 17/20)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

(Drs. 17/176)

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER).....	267
Tobias Reiß (CSU).....	268
Dr. Simone Strohmayr (SPD).....	269
Thomas Gehring (GRÜNE).....	270
Staatssekretär Georg Eisenreich.....	271
Beschluss.....	271
Schluss der Sitzung.....	271

(Beginn: 14.01 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 7. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER
"Für eine kindgerechte Bildungspolitik - G 9 zulassen!"**

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema "Für eine kindgerechte Bildungspolitik – G 9 zulassen!" beantragt. Die Regeln für die Aktuelle Stunde trage ich jetzt nicht noch einmal vor. Sie haben sie schon mehrmals gehört. Falls sie im Laufe der nächsten Monate in Vergessenheit geraten sollten, kann man sie wieder in Erinnerung rufen. Aber ich denke, wir kennen sie alle. Deswegen verfahren wir jetzt so, dass ich dem Redner der vorschlagsberechtigten Fraktion, dem Herrn Felbinger, das Wort erteile. Herr Felbinger, Sie haben fünf Minuten.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Staatssekretär! Der Ministerpräsident ist noch draußen. Er ist noch aufgehalten worden, als wir ihm den G-9-Adventskranz überreicht haben. Den Ministerpräsidenten will ich nämlich als Erstes zitieren. Fortschritt spricht bairisch, hat er vor circa vier oder fünf Wochen in diesem Raum an der gleichen Stelle gesagt, als er seine Regierungserklärung abgegeben hat. Er hat aber gleich wenige Sätze später diesen Fortschritt für das bayerische Bildungssystem relativiert, indem er gesagt hat, wir wollen eine Reformruhe, keine Schulreform an den bayerischen Schulen. Ich muss sagen, es ist eine fragwürdige Ruhe. Wenn ich das Fazit, das der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes, Max Schmidt, gestern in einem Newsletter an seine Mitglieder verschickt hat, vortrage, werden Sie mir zustimmen. Ich zitiere: Flexijahr und zahlreiche andere Reparaturmaßnahmen der letzten Jahre haben gezeigt, dass das Gymnasium G 8 keineswegs dasselbe ist wie zuvor. Gleichzeitig ist unübersehbar, dass diese Maßnahme nur von ganz wenigen derjenigen angenommen wird, denen ein längerer gymnasialer Bildungsgang guttäte.

Meine Damen und Herren, wir FREIEN WÄHLER wollen nicht, dass nur wenige Schülerinnen und Schüler

in Bayern in den Genuss der hochgepriesenen individuellen Lernzeit kommen, sondern dass mit der Wahlfreiheit alle individuell eine längere Schulzeit am bayerischen Gymnasium wählen können. Wir FREIEN WÄHLER wollen ein besseres Gymnasium und keine Dauerbaustelle. Das geht nur mit einer Verlängerung der Schulzeit auf neun Jahre. Wir wollen eine kindgerechte und schülergerechte Bildungspolitik für Bayern. Deswegen wollen wir, dass das G 9 hier wieder eingeführt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Es ist interessant, dass der Vorsitzende des Philologenverbandes in der Einführung seines Newsletters gesagt hat, es war seinerzeit die Rede von Freude und Dank, von Hoffnung auf ein menschlicheres und anspruchsvolleres bayerisches Gymnasium. Ich zitiere noch einmal jenen Max Schmidt; denn er folgert weiter: Viele Schüler erreichen das Ziel des Abiturs in neun Jahren besser als in acht Jahren. Sie brauchen mehr Zeit, um zu lernen, zu üben, zu vertiefen, mehr Zeit für Zusatzangebote, für Interessenschwerpunkte, für außerschulische Aktivitäten, mehr Zeit für echtes gymnasiales Lernen.

Nachdem der Philologenverband vor circa zehn Tagen beschlossen hat, dass er zum G 9 zurückkehren möchte, hat Herr Ministerpräsident Seehofer reagiert und gesagt, ich zitiere: Eine komplette Rückkehr zum G 9 wird es nicht geben.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich habe aber noch mehr gesagt!)

- Das stand aber im Zitat. Wir schauen uns das an. – Jedenfalls willkommen, Herr Ministerpräsident, nicht nur hier im Saal, sondern auch bei den FREIEN WÄHLERN.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Denn wenn Sie nicht eine komplette Rückkehr zum G 9 wollen, dann sind Sie bei unserer Wahlfreiheit zum G 8 und G 9 genau richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit haben Sie sehr deutlich gemacht, dass auch Ihnen das G 8 so nicht gefällt und haben sich in Richtung der von uns angestrebten Wahlfreiheit positioniert, ganz im Gegensatz zu Ihrem Bildungsminister Spaenle, der nach wie vor das Loblied auf das G 8 singt. Aber wir kennen Sie als durchsetzungsfähig. Wenn Sie mit der Zeit und mit den Bürgerinnen und Bürgern gehen, bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als Ihre Kollegen auf dieser Seite noch davon zu über-

zeugen, dass Sie dem Fortschritt dienen und nach vorne schauen und sich für ein G 8/G 9 entscheiden. Hessen und Baden-Württemberg haben es vorge-macht, haben es längst erfolgreich umgestellt. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger votieren zu etwa 70 % für das G 9. Auch Sie haben bereits im vergan-genen Jahr, am 2. Juli, in einem Gespräch unter vier Augen mit dem Vorsitzenden des Philologenverban-des Ihre Sympathie dafür gezeigt. Ich zitiere aus dem "Münchner Merkur": Seehofer aufgeschlossen für das G 9. Sie sprachen damals in diesem Zusammenhang von maximaler Wahlfreiheit. Diese maximale Wahlfrei-heit ist in dem momentanen Flexibilisierungsjahr hin-ten und vorne nicht gegeben.

Kurzum: Wir wollen mehr Zeit zum Lernen und Leben für unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler. Wir wollen, dass sie studierfähig sind, und wir wollen vor allem, dass sie mit bester geistiger Reife das Abitur erreichen und das Gymnasium verlassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Felbinger. Als Nächste hat die Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde – ich finde hier schon die Formulierung "Für eine kindgerechte Bil-dungspolitik - G 9 zulassen" schwierig, weil sich das ein Stück weit sogar ausschließt. Allein schon die For-mulierung ist mehr als schwierig. Ich finde es span-nend, dass wir eine Aktuelle Stunde dazu haben. Eine solche hatten wir, wie Sie wissen, bereits am 23.10.2013 bei der Behandlung des Gesetzentwurfs und im April als Aktuelle Stunde. In der Geschäftsord-nung heißt es, wir machen dann Aktuelle Stunden, wenn das Thema ganz aktuell ist, wenn das Thema das Land betrifft und wenn es einen entsprechenden Anlass gibt. Ich finde es spannend, dass die Aktualität offensichtlich von Februar bis heute dauert und dass die Aktualität zeitgleich mit einer Stimmensammelakti-on stattfindet. Da frage ich mich natürlich, was jetzt der aktuelle Anlass ist, aber wir können jedes Mal wieder darüber reden.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wir haben im Oktober darüber geredet, und wir reden auch gerne wieder darüber. Wir können auch die Ar-gumente alle wieder auf den Tisch legen. Aber es bleibt alles das Gleiche. Sie können das noch ein paar-mal formulieren, Sie können sich noch ein paar-mal an die Stände stellen. Die Bürger wollen die Akti-

on nicht so, wie Sie sie wollen. Die haben nämlich ganz andere Sorgen. Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugestehen, dass die Hauptfrage für Schülerinnen und Schüler oder auch Eltern nicht die Verweildauer ist. Die Sorgen liegen doch ganz woanders; die Fra-gen sind doch: Wie kann Unterricht wirklich gut statt-finden? Wie kann Unterricht so stattfinden, dass jedes Kind individuell gefördert wird? – Wir müssen doch nicht immer über das gymnasiale System diskutieren, darüber, ob wir ein acht- oder neunjähriges Gymnasi-um haben.

Die Frage ist vielmehr, wie jedes Kind zu seinen maxi-malen Fähigkeiten kommt und wie wir den Kindern dabei helfen können. Deswegen brauchen wir die ent-sprechend flexiblen Wege. Deswegen gehen wir – und das wissen Sie auch – bewusst vom Kind aus und unterstützen eine eigene Bildungsbiografie für jedes Kind. Wenn man mit den Eltern spricht, geht es nicht um die Verweildauer an Schulen, es geht um die Frage, ob der Unterricht zuverlässig gegeben wird und wie viel Unterricht ausfällt. Es geht, wenn ständig diskutiert wird, natürlich auch um die Frage, was wir wieder verändern wollen. Die Leute wollen Ruhe. Sie wollen einfach ihren Weg gehen. Herr Kollege Felbin-ger hat das soeben kritisiert und gemeint, Ruhe sei etwas ganz Schlimmes. Es geht nicht darum, dass wir keine Weiterentwicklung wollen, es geht auch nicht darum, dass wir nicht sehen würden, was jedes Kind braucht. Aber um den Kindern gerecht zu werden, müssen wir nicht dauernd Strukturdebatten vom Zaun brechen. Man kann vielmehr durchaus am Kind orien-tiert entsprechend weiterentwickeln, und das tun wir im Übrigen.

Auf der einen Seite haben wir die Fragestellung: Was braucht jedes Kind? Auf der anderen Seite haben wir die Fragestellung, wie sich die Gesellschaft weiterent-wickelt. Die Fragestellung, ob wir optional G 8 oder G 9 brauchen, haben wir nicht. Wäre diese Frage wirklich brennend, so frage ich mich, warum bis heute noch nicht genügend Unterschriften vorliegen, um über das entsprechende Begehren abstimmen zu las-sen. Wir hatten den Landtagswahlkampf, wir hatten Bezirkstagswahlen, wir hatten Bundestagswahlen; das heißt: Innerhalb kürzester Zeit hätten Massen von Menschen, wenn sie das Thema denn so bewegen würde, unterschreiben können. Dann stünden wir vor der Situation. Ich glaube aber, dass Sie im Moment eher vor dem Problem stehen, dass Sie die Unter-schriften nicht zusammenbekommen. Deshalb müs-sen wir hier ständig und immer wieder diese Diskus-sion führen. Nach meiner Kenntnis gibt es auch keine zeitliche Grenze. Das heißt, Sie können diesen Ver-such immer wieder und jahrelang weiter betreiben, das gleiche Thema immer wieder in der Hoffnung auf-

wärmen, dass die Öffentlichkeit endlich auf diesen Zug aufspringt.

Sie sollten aber auf der anderen Seite überlegen, was es bedeuten würde, wenn Sie es schafften, wenn es also so wäre, wie Sie es sich vorstellen: Dann hätten wir ein G 8 und parallel dazu ein G 9. In Großstädten wie München müssten alle kommunalen Gremien auf die Barrikaden gehen, weil sie die Räumlichkeiten nicht hätten, um parallel zu fahren. Im ländlichen Raum könnten Sie diese Parallelität aufgrund der Schülerzahl gar nicht anbieten. Das wiederum würde bedeuten, dass an dieser Stelle die Chancengleichheit von Stadt und Land, die wir alle wollen, gefährdet würde. Parallelstrukturen machen keinen Sinn.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie wirklich, künftig nicht mehr zu suggerieren, dass das möglich wäre.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir wirklich für unsere Kinder etwas tun wollen, müssen wir mit unserem Finanzminister darüber diskutieren, wo wir Lehrerstellen brauchen. Lehrerstellen brauchen wir zur Intensivierung, und wir brauchen Lehrer für einen flexiblen Einsatz, aber wir brauchen sie nicht für Parallelstrukturen. Ich bitte Sie wirklich, damit aufzuhören; denn das ist unsinnig, und das wissen Sie auch, wenn Sie ehrlich sind. Mit dieser Option würden wir mehr Angebote für die Kinder schaffen. Aber die Wahlfreiheit schaffen wir genau nicht. Wir haben nämlich in den Städten die hierfür benötigten Räume nicht, und auf dem Land haben wir die erforderliche Anzahl an Schülern nicht. Deswegen kann Ihr Vorschlag an dieser Stelle auch nicht funktionieren. Wenn wir uns wirklich um die Kinder und um die Schulfamilie sorgen, sollten wir gemeinsam überlegen, was unsere Kinder lernen sollen, damit sie auf einen guten Weg gebracht werden. Wo brauchen sie Unterstützung? Was sie aber sicher nicht brauchen, ist die Debatte über die Schulstruktur. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. Als Nächste hat Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayer von der SPD das Wort. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Philologenverband hat vergangene Woche ein Zurück zum G 9 gefordert. Gymnasiale Bildung braucht Zeit, so der Vorsitzende des Philologenverbandes. Wir begrüßen diesen Vor-

stoß, auch wenn die Philologen dafür etwas länger gebraucht haben.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin haben Sie jetzt erkannt, dass es so nicht weitergehen kann. Sie haben den Minister, der jetzt leider nicht da ist, zur Umkehr aufgefordert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da ist er! – Volkmar Halbleib (SPD): Er wurde von seinem Staatssekretär verdeckt. Ganz gefährlich ist das! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Er ist doch da? – Okay. Da ist er. Sehr gut.

Wir halten diesen Vorstoß für richtig. Wir haben uns immer für ein langsames Gymnasium eingesetzt. Wir waren von Beginn an dafür, dass der Weg zum G 9 eröffnet bleiben soll.

(Beifall bei der SPD)

Als einzige Fraktion haben wir ein Konzept vorgelegt, nach dem Kinder im Gymnasium gemeinsam beginnen können. Sie können sich später entscheiden, ob sie schnell im Ganztagsunterricht oder langsam zum Abitur kommen wollen. Es ist schön, dass die Philologen jetzt auch ein Konzept vorlegen wollen, mit dem sie das G 9 wieder zulassen wollen. Wir sehen das als Erfolg unserer eigenen Politik.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Frau Schreyer-Stäblein, mit diesem Vorstoß ist einfach in der "staden" Zeit die Ruhe im Gymnasium dahin, ob Sie es wollen oder nicht. Sie erinnern sich: Ihr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung dem bayerischen Volk garantiert, dass die Schulen nach den Jahren der Veränderung jetzt in Ruhe arbeiten können. Ach ja? – Sie erinnern sich vielleicht auch, dass vor drei Wochen in der Zeitung stand, dass der Ministerpräsident überlegt, was zu tun ist. Er möchte einmal abwarten, was aus dem Flexijahr wird. Er schließt auch ein Zurück zum G 9 nicht aus. Sie erinnern sich vielleicht auch daran, dass unser Minister Spaenle vor zwei Wochen im Bildungsausschuss wieder Ruhe, Ruhe, Ruhe im System gefordert hat. Sie sind leider nicht mehr im Bildungsausschuss. Aber es wird deutlich: Die Regierung hat keinen Schimmer, kein Konzept, keine Idee, wie es weitergehen soll. Noch schlimmer: Der Ministerpräsident und seine Minister haben offensichtlich total unterschiedliche Vorstellungen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): So was!)

Eines aber ist klar: Ein "Weiter so" darf es nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Zehn Jahre hat man an der Sturzgeburt Stoibers – ich war damals dabei – ohne Erfolg herumgedoktert. Man hat Lehrpläne entrümpelt oder es zumindest versucht. Man hat Stunden reduziert und intensiviert, man hat ein Flexijahr eingeführt, das jetzt keiner annimmt. Aber all das hat nichts genützt. Wie ich bei unzähligen Besuchen und Gesprächen immer wieder feststelle, gibt es eine große Unzufriedenheit der Lehrer, der Eltern, der Schüler. Als Mutter bin ich seit der ersten Stunde des G 8 dabei. Ich habe viel mit den Schülern gelitten, die gestresst von der Schule heimkommen, mit den vielen, vielen Durchfallern, die es gerade in den Anfangsjahren des G 8 gegeben hat, mit Lehrern, die anfangs ohne Bücher und ohne Lehrpläne arbeiten mussten, mit den Eltern, die ratlos zusehen mussten, wie ihre Kinder dieses Chaos aushalten mussten. Es ist wahr: Man hat einfach vielen viel zu viel zugemutet. Das alles jetzt schnell, schnell, schnell zurückzudrehen, wäre ebenso falsch, wie alles so zu belassen, wie es jetzt ist. Die FREIEN WÄHLER haben 20.000 Unterschriften für ein Wahlrecht betreffend G 8 oder G 9 gesammelt und dafür relativ lange gebraucht. Auch das zeigt meiner Meinung nach, wie verunsichert letztendlich die Menschen, die Eltern sind. Für mich ist nicht klar, was die FREIEN WÄHLER jetzt eigentlich wollen. Wollen sie das G 9 zulassen? Wollen sie ein Wahlrecht? Wollen sie zurück zum G 9? – Diese Fragen müssen erst einmal beantwortet werden.

(Beifall bei der SPD)

Und wer – da spreche ich Sie, Herr Spaenle, persönlich an – gesteht schon gerne Fehler ein? Herr Spaenle, ich hoffe jedenfalls, dass Sie die Watsch'n der Philologen jetzt richtig wachgerüttelt hat.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Er war vorher schon wach!)

Einer Umfrage zufolge wollen 70 % aller Eltern ein Wahlrecht zwischen G 8 und G 9 für ihre Kinder.

(Karl Freller (CSU): Warum haben dann nur 20.000 unterschrieben?)

Diesem Wunsch sollten wir Rechnung tragen. Deswegen fordern wir Gespräche mit allen Betroffenen, mit Schülern, Lehrern, Verbänden und Eltern. Gemeinsam mit allen Fraktionen sollte diesmal nicht im Schnellschussverfahren eine Reform erstellt werden. Vielmehr sollte eine gut durchdachte, eine pädago-

gisch wertvolle, eine nachhaltige Reform auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei der SPD)

Was wir brauchen, ist ein Gymnasium der Zukunft, ein Gymnasium mit moderner Pädagogik, mit Vorbildern aus Schulen wie in Oettingen und vielen anderen Orten. Wir brauchen ein inklusives Gymnasium, ein Gymnasium, das jedem Schüler durch Individualisierung gerecht wird, ein Gymnasium der Nachhaltigkeit, das nicht auf bulimisches Lernen, sondern auf Kompetenzerwerb setzt, ein Gymnasium, in dem die Schüler für Lernen und Entwicklung Zeit haben, ein Gymnasium, das Ganztagsunterricht rhythmisiert und gebunden anbietet, und zwar – das betone ich – von der fünften Klasse bis zum Abitur. Was wir jetzt haben, reicht bei Weitem nicht.

Ich habe damit einige Themen genannt, die für mich im Rahmen einer Reform des Gymnasiums ganz wichtig sind.

Sehr geehrter Herr Minister, rafften Sie sich endlich auf! Gestehen Sie sich Ihre Fehler ein! Wir stehen Ihnen zu einer Diskussion gern zur Verfügung. Ich bin der Auffassung, dass es gemeinsam gelingen kann, das Gymnasium auf neue Füße zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Thomas Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bezüglich des Titels dieser Aktuellen Stunde muss ich den FREIEN WÄHLERN eine Frage stellen. Heißt es jetzt: G 9 zulassen? Sie rekurren auf den Beschluss des Philologenverbandes. Aber Sie haben vor Kurzem doch noch von der Wahlfreiheit geredet. Momentan ist ein Gesetzentwurf im Verfahren, wo es darum geht, entweder die Wahlfreiheit oder das G 9 zuzulassen. Wenn Sie für die Zulassung des G 9 sind, frage ich: Ziehen Sie den Gesetzentwurf und den Antrag auf ein Volksbegehren zurück?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, in dieser Debatte über die Gymnasien gehört es dazu, dass wir über klare Ziele und klare Positionen reden. Wir müssen miteinander vielleicht auch Positionen revidieren. Aber wir sollten keine Wischwaschi-Positionen einnehmen und von Wahlfreiheit reden, wenn eigentlich etwas anderes damit gemeint ist.

Wir sind sehr skeptisch gegenüber den Modellen der Wahlfreiheit, wie sie von den FREIEN WÄHLERN und zum Teil auch von der SPD verfolgt werden. Denn hierdurch werden im Prinzip eine weitere Zergliederung des Schulsystems und eine weitere Selektion verursacht. Denn da soll es ja zweierlei Arten von Gymnasien geben, in denen das besondere Angebot ab der fünften oder ab der siebten Klasse stattfinden soll. Aber das kann nicht die Lösung sein. Das ist pädagogisch sehr problematisch. Es erhöht den Druck auf die Eltern und ist vor Ort ganz schwierig umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Baden-Württemberger sind dafür kein gutes Beispiel. Dennoch sollten wir in der jetzigen Situation von dem lernen, was in den anderen Ländern passiert. Wir müssen uns zugestehen, auch Sie, Herr Spaenle, und Sie, liebe CSU-Kollegen: Wir haben eben keine Ruhe beim Thema G 8. Es gibt in allen Bundesländern diesbezügliche Entwicklungen und Diskussionen, aber quer durch alle Parteien sind die Positionen unterschiedlich. Wir müssen uns klarmachen: Ein Modell, das seit über zehn Jahren unterwegs ist und immer noch auf großen Widerstand stößt und große Unzufriedenheit auslöst, muss grundsätzlich überdacht werden. Man kann nicht so tun, als ob es mit dem Erreichten so weitergeht.

Der große Fehler, der beim G 8 gemacht worden ist, liegt darin, dass die Verdichtung, sozusagen der Turbo, in der Mittel- und der Unterstufe eingebaut worden ist. Dort haben wir den Druck auf die Schülerinnen und Schüler. Dort haben wir nicht mehr die Zeit für nachhaltiges Lernen, zur Vertiefung und Übung. Das rächt sich bei vielen Jugendlichen in der Oberstufe, weil sich dann dort Probleme zeigen.

Uns geht es darum, zunächst inhaltlich über die Zukunft des Gymnasiums nachzudenken. Wir brauchen andere Lernformen, wir brauchen tatsächlich Möglichkeiten der individuellen Lernzeit. Liebe Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, diese Möglichkeiten haben wir im G 8 nicht. Da muss an einem bestimmten Tag die Ex oder eine Schulaufgabe geschrieben werden. Die Lehrpläne lassen Individualität nicht zu. Das heißt, wir haben keine individuelle Lernzeit, sondern seit Jahren eine Flickschusterei der Staatsregierung. Die letzte Erscheinung ist das Flexijahr mit irgendwelchen Variationen. Kein Mensch weiß, wie das richtig funktioniert. Aber damit löst man die Probleme am G 8 in keiner Weise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen müssen wir das Gymnasium auf neue Füße stellen. Philologen haben uns einen guten Hin-

weis gegeben. Vor der Wahl waren sie noch ruhig. Nach der Wahl entstand Unruhe. Ich denke, wir müssen das Thema jetzt neu angehen. Wir können uns vorstellen, dass wir uns generell nochmals überlegen, ob wir auf ein neues G 9 zugehen – es darf um Gottes Willen nicht das alte G 9 sein –, wobei wir die Möglichkeit zu einer flexiblen Oberstufe haben, die die Schülerinnen und Schüler in zwei Geschwindigkeiten durchlaufen; die einen machen es in drei, die anderen in zwei Jahren.

Wenn die KMK-Richtlinien dagegenstehen sollten, dann muss man sagen: Die KMK ist nicht sakrosankt, von dort kommen keine in Stein gemeißelten Botschaften. Die Richtlinien kann man ändern. In allen Bundesländern wird darüber diskutiert.

Wichtig ist, dass wir die Diskussion grundsätzlich führen. Wir werden dies tun und uns dafür die erforderliche Zeit nehmen. Ich kann alle nur warnen, die sagen: Wir kriegen jetzt Ruhe im System, Ruhe im Karton; es gibt keine Reformdiskussionen mehr; der Beschluss des Philologenverbandes hat gezeigt, dass es die Ruhe nicht gibt.

Wir brauchen aber eine Reform in Ruhe. Wir GRÜNEN werden diesen Weg gehen und die Diskussion inhaltlich führen. Wir werden zu einem Gymnasialkonvent einladen. Ich lade Sie dazu ein, dass wir diese Diskussion miteinander führen. Vielleicht können wir sogar fraktionsübergreifend ein neues Gymnasium auf den Weg bringen. Wenn dieses ein neunjähriges Gymnasium ist, sollte es uns recht sein. Entscheidend ist die Qualität der Schule.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Otto Lederer das Wort zu seiner ersten Rede in diesem Hause.

Otto Lederer (CSU): Sehr verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Verkürzung des bayerischen Gymnasiums hat sich in seiner Konzeption bewährt. Die Reduzierung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Jahre sollte nicht mehr infrage gestellt werden. Auf keinen Fall sollte es eine Rückkehr zum G 9 in irgendeiner Form geben.

Das sind nicht Aussagen der CSU, sondern der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, der Landeselternvereinigung und der Vereinigung der Direktoren, und zwar anlässlich einer Expertenanhörung in diesem Hause mit dem Titel "Bilanz des G 8" am 29. März 2012.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, diese Zitate beweisen, dass sich das G 8 bewährt hat. Wir haben in der Zeit, in der das G 8 eingeführt worden ist, den Unterrichtsausfall gesenkt. Die Pflichtwiederholerquote konnte auf 2,3 % reduziert werden. Die Klassenstärke wurde im Durchschnitt auf 26,3 Schüler reduziert.

Das Ganze ist kein Herumgedoktere, Frau Dr. Strohmayer, sondern ein System, um die individuelle Förderung unserer Kinder an den Gymnasien zu stärken.

Die Übertrittsquote hat sich in dieser Zeit von rund einem Drittel auf 40 % erhöht. Das zeigt doch, dass die Eltern das G 8 durchaus annehmen, und spricht nicht für eine Verunsicherung, Frau Dr. Strohmayer.

Das Fazit der Anhörung war folgendermaßen: Niemand will zurück zu einer generell längeren Schulzeit. Dieses Fazit sprach unser Kollege Martin Güll aus, seines Zeichens Vorsitzender des Bildungsausschusses. Er sagte weiterhin: Ich glaube, der Schlüssel liegt in der Individualisierung des Lernens. Das ist die zentrale Botschaft der Experten.

(Beifall bei der CSU)

Genau deshalb haben sich im Anschluss an diese Expertenanhörung alle Beteiligten der Schulfamilie – Schulverbände, Lehrerverbände, Elternverbände –, Frau Dr. Strohmayer, wie Sie gefordert haben, bereits an einen Tisch gesetzt und das Modell der individuellen Lernzeit entwickelt, das neben Intensivierungsstunden ein Flexibilisierungsjahr enthält. In dem Flexibilisierungsjahr können Schüler der Mittelstufe tatsächlich nach dem Fortschritt ihrer Entwicklung individuell ein zusätzliches Lernjahr in Anspruch nehmen, und zwar in der achten, neunten oder zehnten Jahrgangsstufe.

(Zuruf von den GRÜNEN: Graue Theorie!)

Diese individuelle Förderung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist tatsächlich den Schülern überlassen. Was Sie von den FREIEN WÄHLERN vorschlagen, ist ein Gesetzentwurf, bei dem sich das Schulforum für G 8 und/oder G 9 entscheiden soll. Wir wissen, dass es in großen Schulen durchaus möglich ist, G 8 und G 9 parallel zu fahren, aber in kleineren Schulen, speziell im ländlichen Raum, wird das nicht möglich sein. Dort werden sich die Schulen für G 8 oder G 9 entscheiden müssen. Hier stellt sich für manche Schulen – denn es wird Gewinner und Verlierer geben – die Existenzfrage. Sie brauchen nur den Kollegen Dr. Karl Vetter zu fragen, der in Bad Kötzing ähnliche Erfahrungen gemacht hat.

(Beifall bei der CSU)

Es ist ein fundamentaler Unterschied, ob das Schulforum über G 8 oder G 9 entscheidet oder ob das jeder Schüler für sich individuell entscheiden kann. Man weiß doch aus den Erfahrungen in Baden-Württemberg, dass die Entscheidung durch das Schulforum eine Spaltung der Schulfamilie nach sich zieht.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ach geh!)

Und ob das Ihrem Slogan "Für eine kindgerechte Bildungspolitik" entspricht, da bin ich mir, ehrlich gesagt, nicht ganz sicher.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich schon!)

Im Übrigen, weil heute der Bayerische Philologenverband des Öfteren bemüht wurde, kann ich Ihnen sagen: Auch dieser Verband ist nicht für den Gesetzesvorschlag der FREIEN WÄHLER.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat. Es stammt von der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände, bei der neben dem Realschullehrerverband auch der Bayerische Philologenverband Mitglied ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Von wann ist das Zitat? Es ist vielleicht schon überholt!)

Das Zitat ist vom Juni 2013. Es heißt folgendermaßen:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist ein alter Schnee!)

Wir lehnen weitere Schulstrukturreformen in Bayern entschieden ab. ... denn angesichts der Spitzenenergebnisse der bayerischen Schulen bei allen nationalen und internationalen Schulleistungsvergleichen besteht keine Notwendigkeit, an den Schulstrukturen herumzubasteln.

(Volkmar Halbleib (SPD): Offensichtlich doch!)

Dem kann ich mich nur anschließen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Lederer. Als Nächster hat Herr Kollege Professor Dr. Piazzolo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Lederer, Sie haben schon in Ihrer ersten Rede anders geredet als der Herr Ministerpräsident. Ich weiß nicht, wo das enden wird. Da gibt es große Unterschiede. Wenn ich richtig gelesen

habe, was Herr Seehofer auf die Einlassung des Philologenverbandes gesagt hat, so hieß das: Jetzt schauen wir uns das Konzept mal an und dann sehen wir weiter. – So war das ungefähr. Eine klare Absage hört sich anders an. Ich erinnere daran, dass ich hier schon vor der Landtagswahl zu Herrn Spaenle gesagt habe: Der Herr Ministerpräsident ist schon viel weiter. Passen Sie auf, ähnlich wie bei den Studiengebühren wird er sehr schnell auf unserer Seite sein. Ich bin sehr, sehr sicher, dass wir da recht bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mich erstaunt, wie viel über angeblich gesammelte oder nicht gesammelte Unterschriften geredet wird, wie leicht oder wie schwer das sei, wie ich von der SPD höre. Da ist meine Frage: Wann hat die SPD das letzte Mal die Zulassung eines Volksbegehrens beantragt, und wie lange hat es gedauert, die Unterschriften zu sammeln?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Markus Rinderspacher (SPD): Wann sind Sie denn so weit?)

- Wann wir so weit sind? Das werden Sie schon sehen. Lassen Sie sich überraschen.

Herr Gehring, nochmals zu dem Titel. Wenn es im Titel unserer Aktuellen Stunde heißt: "G 9 zulassen", dann schließt das doch das G 8 nicht aus. Wenn Sie etwas zusätzlich zulassen, dann ist das beides, nicht nur das G 9. Sie sollten einfach genauer lesen. "G 9 zulassen" bedeutet, das G 8 und dazu das G 9 zuzulassen. Das sind dann zwei Dinge.

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Wir wollen Wahlfreiheit. Ich empfehle, einfach einmal zusätzlich zum Gesetzentwurf unser Konzept anzuschauen. Immer wieder werden die FREIEN WÄHLER gefragt, wie sie sich das vorstellen. Unser Konzept ist schon neun Monate alt. Neun Monate sind manchmal ganz gut für ein Konzept; dann kommt nach neun Monaten etwas Gutes heraus. Es umfasst mehrere Seiten. Da steht exakt, wie wir uns die Wahlfreiheit vorstellen.

Was ich nicht ganz verstehe, auch nicht bei der Regierung, ist, wovor man denn Angst hat. Es ist doch nicht so, als ob zehn Jahre lang beim G 8 Ruhe geherrscht hätte und jetzt die Debatten losgehen, sondern wir haben seit zehn Jahren Debatten über das G 8 und seit zehn Jahren Unruhe. Deshalb weiß ich nicht, wo Sie die Ruhe sehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie reden doch auch mit den Eltern und den Lehrern. Sie waren doch beim Philologenverband. Der Bayerische Philologenverband hat meines Wissens ungefähr 22.000 Mitglieder. Die Delegierten des Philologenverbandes stellen einen Antrag, in dem sie sagen: Macht euch Gedanken über das G 9! Und der zuständige Kultusminister sagt: Nein, ich will Ruhe. – Da stimmt doch etwas nicht. Der Philologenverband ist doch nicht für die vielen Revolutionäre in seinen Reihen bekannt, sondern er ist ein Verband, der sehr genau hinschaut, was läuft und was nicht läuft. Wenn der Philologenverband in Bayern sagt, überlegt euch das G 9, mit dem G 8 stimmt vieles nicht, dann muss man das gerade als konservativer Mensch ernst nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich den Begriff "konservativ" richtig verstehe – die CSU sieht sich doch noch als konservativ -, dann bedeutet er nicht Ruhe, sondern bewahren, aber auch,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): An der Spitze des Fortschritts!)

wie es Franz Josef Strauß gesagt hat, an der Spitze des Fortschritts zu stehen. Denken Sie mal über Ihre Gründerväter nach. Riskieren Sie auch mal beim G 8/G 9 einen Blick nach Baden-Württemberg rüber, wo es funktioniert, oder schauen Sie nach Hessen. Das müssen Sie gar nicht; aber schauen Sie sich einfach das Konzept der FREIEN WÄHLER an. Wir sind zum Teil auch konservativ, aber wir sind liberaler, wir sind fortschrittlicher. Geben Sie sich einen Ruck und machen Sie das, sonst müssen wir das in einem halben Jahr machen. Tun Sie es gleich, Herr Ministerpräsident! Dann ist uns in Bayern sehr geholfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Piazzolo. Als Nächster hat Herr Kollege Professor Dr. Gerhard Waschler von der CSU das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist schon interessant und teilweise lustig, wenn sich die Opposition als Exeget betätigt und Schriften auslegt, sei es der "Bayernplan", der sehr viel zitiert wird, seien es Meldungen, die nur teilweise den Aussagen des Herrn Ministerpräsidenten zu den jeweiligen Themen entsprechen.

Ich würde durchaus empfehlen, einmal den Blick auf die konkreten Sachverhalte zu richten. Konkreter Sachverhalt ist nicht, wie Kollege Felbinger meint, dass nur ganz wenige in den Genuss einer kindge-

rechten Bildungspolitik kommen, sondern ganz im Gegenteil: In Bayern kommt jeder in den Genuss einer kindgerechten Bildungspolitik, weil wir jeden Schüler dort abholen, wo er einer Förderung und Unterstützung bedarf.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition – ich schaue jetzt zur linken Seite des Hauses hinüber –, das nicht glauben, dann müssen Sie die internationalen Schulleistungs- und Vergleichstests anschauen, die seit Jahren, um nicht zu sagen "seit Jahrzehnten", eindeutig belegen, wo von bestens ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern hochqualifizierte Arbeit geleistet wird, nämlich hier in Bayern. Da brauchen wir keine Belehrung vonseiten der Opposition, schon gar nicht die Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn wir Verbesserungsvorschläge bekommen, hören wir uns die Vorschläge gerne an. Was ist daran bitte schön schlimm? Wir sind draußen, wir hören uns sehr gerne an, was an Vorschlägen kommt. Wenn Leute an der Spitze des Philologenverbandes meinen, dass eine Nuance, eine Ecke, eine Richtung verändert werden sollte, hätten wir dazu ganz gerne ein entsprechendes Konzept. Da ist aber noch nichts vorhanden. Es heißt: Vielleicht kommt in einem Jahr ein G 9 plus – wie auch immer.

Ich stelle fest: Für Vorschläge sind wir immer offen. Es muss aber auch garantiert sein, dass diese den Kindern und den Schülerinnen und Schülern in Bayern dienen. In den Forderungen der Opposition gibt es erhebliche Differenzen zu dem, was aktuell in den Gesetzesberatungen läuft, und zu dem, was wir erreichen wollen.

Richtig ist – ich fasse zusammen –, dass nicht das G 8 oder das G 9 das Entscheidende ist, sondern der Schüler schlechthin. In der jetzigen Form des G 8 kann ein Schüler, der individuelle Schwächen hat, ein richtiges pädagogisches Förderangebot erhalten. Es geht um den einzelnen Schüler. Auf diesen kommt es an, nicht auf eine Struktur und ein System.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrter Herr Kollege Piazzolo, danke schön für die Präzisierung. Kollege Gehring hat Ihren Fehler zu Recht gerügt. Aus dem Thema der Aktuellen Stunde ist das nicht ersichtlich. Ihren Gesetzentwurf haben wir im Bildungsausschuss ausführlich beraten. Mit der Doppelführung von G 8 und G 9 riskieren Sie in der

Tat die Existenz von kleineren Gymnasien im ländlichen Raum, weil eben nicht beide parallel geführt werden können. Ich war in der Schulleitung eines Gymnasiums tätig und weiß, wie man das organisiert. Ich war auch lange Zeit Gymnasiallehrer vor Ort.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schauen Sie nach Baden-Württemberg!)

- In Baden-Württemberg gibt es dramatische Probleme; auf die müssen Sie einmal blicken. - Wer soll nach Ihrem Gesetzentwurf denn entscheiden? – Das Schulforum. Über wen entscheidet das Schulforum? – Über eine ganze Schülergeneration an der Schule.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So hat es der Stoiber gemacht!)

Ich möchte wissen, wie Sie mit Ihrem Verständnis einer demokratischen Entscheidung mit Blick auf Ihren Gesetzentwurf vor Ort auftreten.

(Beifall bei der CSU)

Heute habe ich ein Schreiben eines Schulleiters bekommen, der sich um seine Schule sorgt und der ganz klar sagt: Acht Jahre sind genug, also das G 8 ist in Ordnung, acht Jahre mit einer hoch qualitativen Unterrichtung der Schüler und allem, was dazu gehört.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ein Schulsterben kommt für unsere Fraktion nicht in Frage. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe die Aufregung nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sollten Sie aber!)

Wenn Sie angeblich in vielen Dingen recht haben, sollten Sie abwarten, was die Menschen vor Ort, was die Betroffenen vor Ort sagen. Das sind die Eltern; das sind die Lehrerinnen und Lehrer,

(Markus Rinderspacher (SPD): Das wissen wir doch schon längst!)

das sind die Schülerinnen und Schüler. Auf die kommt es an. Sie sagen ganz klar und eindeutig – dies wurde durch Wahlergebnisse bestätigt –: Lasst uns in Ruhe arbeiten. Genau dies werden wir in Einklang mit der Regierungserklärung von Horst Seehofer tun.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die habt ihr ihm geschrieben! Er hat es nur vorlesen müssen!)

Wir werden durch eine von der CSU-Fraktion gestützte Politik eine klare und verlässliche Grundlage für eine Bildungslandschaft in Bayern gewährleisten, um die uns der Rest der Republik und darüber hinaus viele Länder beneiden. Das ist die normative Kraft des Faktischen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Erste Feststellung: Der Bayerische Philologenverband unterstützt das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Damit sind Sie aber nicht aus der Pat-sche!)

Das ist die Beschlusslage der Landesversammlung. Man sollte nur dann über eine Versammlung sprechen, wenn man auch dort war.

Punkt 2. Ich stelle eine interessante Veränderung der Grundhaltung der FREIEN WÄHLER fest. Man hat eine Abstimmung über die Wahlfreiheit zwischen einer acht- und einer neunjährigen Form – mir ist die Abkürzung und Verballhornung des bayerischen Gymnasiums wirklich zu dumm – auf den Weg gebracht und sammelt dafür Unterschriften. Wie viele es sind und wann das geschieht, ist mir relativ gleich. Heute hören wir, dass die Frage der flächendeckenden Einführung eines neunjährigen Gymnasiums plötzlich Gegenstand der hiesigen Debatte ist. – Was gilt nun?

Kollege Gehring verweist auf die Variante, die auch andere in diesem Hause angesprochen haben, nämlich eine flexible Oberstufe zu schaffen. Modelle lägen der KMK vor. Ich darf Ihnen sagen, dass die Kultusministerkonferenz dieser Variante vor wenigen Monaten mit den Stimmen der A-Seite, also der sozialdemokratisch geführten bzw. von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geführten Kultusministerien, eindeutig eine Absage erteilt hat. Sie müssen schon darauf achten, was Ihre Kolleginnen und Kollegen beschließen. Da ist die flexible Oberstufe, die Variante der sozialdemokratischen Kollegen auch dabei.

Punkt 3. Wir werden den Weg, dem einzelnen jungen Menschen am bayerischen Gymnasium die individuelle Förderung und Lernzeit zu eröffnen, die der einzelne Schüler, nicht das System braucht, konsequent einhalten.

(Beifall bei der CSU)

Acht Jahre für alle sind pädagogisch genauso überholt wie neun Jahre für alle. So lautet die Botschaft.

(Beifall bei der CSU)

Punkt 4. Die Schule und das bayerische Gymnasium haben ein Anrecht auf pädagogisch verlässliche Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist der entscheidende Punkt.

Fünfter Punkt. Meine Anwesenheit und mein Redebeitrag bei der Landesversammlung des Philologenverbandes haben den Tenor, dass ich strukturelle Lösungen für die zweitbeste Lösung halte. Aber ich bin an der Seite der erfahrenen Philologinnen und Philologen, wenn wir darüber sprechen – wenn ich den Herrn Ministerpräsidenten richtig verstanden habe, hat er das auch genauso ausgedrückt –, wie wir den Weg des einzelnen jungen Menschen am Gymnasium noch besser gestalten können. Dies hat zu einem, wie ich meine, nicht unbedeutenden Beifall der Landesversammlung geführt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil jeder das hört, was er hören will!)

- Im Gegensatz zu manch anderem war ich dort.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie winden sich wie ein Aal!)

- Bei mir sieht dies gut aus; ich weiß.

Die FREIEN WÄHLER machen einen Vorschlag, der dazu führt, dass Gymnasien im ländlichen Raum strukturell benachteiligt sind; denn wenn sie einen bestimmten Zug in neunjähriger Form anbieten, werden Schülerinnen und Schüler von anderen Zweigen, etwa altsprachlich, etwa musisch, etwa sozialwissenschaftlich, etwa wirtschaftswissenschaftlich, von diesem Angebot in der Fläche nicht Gebrauch machen können. Das heißt: Sie, die selbsternannten sogenannten Anwälte des ländlichen Raums, schwächen die Schullandschaft im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schmarrn!)

- Vielleicht ist der Entwurf sogar ein Kaiserschmarrn, weil er vom Vorsitzenden selbst stammt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben das Gymnasium mit dem G 8 beschädigt!)

Sie haben einen Entwurf von einem

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Angesehene Philologen!)

sogenannten Experten anfertigen lassen, der dazu führt – auch das gehört zur Wahrheit –, dass die Stundentafel für die neunjährige Form des Gymnasiums unter Verlust all der Dinge geändert werden muss, die am bayerischen Gymnasium heute Wirklichkeit sind. Das sind etwa die Intensivierungsstunden; sie machen 7 % des gesamten Stundenbudgets aus und dienen dazu, eine Vertiefung und Wiederholung zu ermöglichen. Auch unter Einsatz der neu geschaffenen Förderkulturse für die Mittelstufe werden Sie mit dieser Stundentafel nur erreichen, dass Sie den Bedingungen der rechtlichen Zulässigkeit des Volksbegehrens Rechnung tragen. Das tun Sie offensichtlich und opfern auf diesem Altar pädagogische Errungenschaften, indem Sie all diese Errungenschaften aufgeben. Über diese Frage werden wir mit Ihnen zu diskutieren haben.

In Summe: Wir werden die Überlegungen, die die Kolleginnen und Kollegen im Philologenverband mit ihrem hohen Sachverstand anstellen, so wie von mir ausgedrückt und wie vom Herrn Ministerpräsidenten auch wiederholt dargelegt, abwarten und mit den Kolleginnen und Kollegen diskutieren. Die Formel: Neun Jahre für alle oder acht Jahre für alle ist pädagogisch überholt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 2:**

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)
EADS-Standort Unterschleißheim - Arbeitnehmer- und Standortinteressen wahren - Bericht über Gespräch des Wirtschaftsministeriums bei Cassidian in Unterschleißheim (Drs. 17/166)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu Krisenunternehmen in Bayern (Drs. 17/182)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Arbeitsplatzverlust bei EADS verhindern - Bayerns Kompetenz in der Luft- und Raumfahrttechnik stärken (Drs. 17/183)

Die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt hat bereits im letzten Plenum stattgefunden. Die Abstimmung konnte dann allerdings aus Zeitgründen nicht mehr durchgeführt werden.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/166 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/182. Hierzu wurde vonseiten der Antragsteller im Rahmen der Aussprache ein Änderungsantrag gestellt. Der Dringlichkeitsantrag wurde für Sie nochmals in der geänderten Fassung aufgelegt. Über diese geänderte Fassung lasse ich nun abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/182 in der geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Jetzt lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/183 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

Wahl eines Mitglieds für den Gefängnisbeirat der Justizvollzugsanstalt Nürnberg

Die Wahl der Gefängnisbeiräte bei den Justizvollzugsanstalten hat bereits im letzten Plenum stattgefunden. Versehentlich wurde dabei für den Beirat der Justizvollzugsanstalt anstelle eines zweiten Vertreters der vorschlagsberechtigten CSU-Fraktion ein zweiter Vertreter der SPD-Fraktion bestimmt. Dies soll heute im Einvernehmen mit allen Fraktionen durch die Wahl des von der CSU-Fraktion hierfür benannten Kollegen Jürgen Ströbel anstelle der Kollegin Angelika Weikert wieder richtig gestellt werden. Eine Aussprache findet hierzu verständlicherweise nicht statt.

Ich gehe davon aus, dass gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung von geheimer Wahl Abstand genommen und in einfacher Form durch Handzeichen abgestimmt werden kann. – Widerspruch erhebt sich nicht. Ich lasse dann so abstimmen.

Wer dem Vorschlag der CSU-Fraktion seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Ich sehe keine Stimmen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dies mit großer Mehrheit so beschlossen.

Damit ist Herr Kollege Ströbel anstelle der Kollegin Weikert zum Mitglied des Gefängnisbeirats bei der Justizvollzugsanstalt Nürnberg gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 b** auf:

Bestellung von Mitgliedern für den politischen Beirat des NS- Dokumentationszentrums München

Der politische Beirat ist ein vorberatendes Gremium, das dem Kuratorium NS-Dokumentationszentrum zuarbeitet. Er setzt sich nach § 1 der Geschäftsordnung des politischen Beirats unter anderem aus drei Vertreterinnen bzw. Vertretern des Landtags zusammen. Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen nach dem Verfahren Sainte Laguë/Schepers hat die CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für zwei Mitglieder und die SPD-Fraktion das Vorschlagsrecht für ein Mitglied. Vonseiten der CSU-Fraktion wurden hierfür die Kollegen Karl Freller und Robert Brannekämper benannt. Die SPD-Fraktion hat hierfür Frau Kollegin Isabell Zacharias vorgeschlagen. Eine Aussprache findet hierzu nicht statt.

Besteht damit Einverständnis, dass über die Fraktionsvorschläge gemeinsam abgestimmt wird? – Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer den Vorschlägen der Fraktionen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. –

Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung über einen Verordnungsentwurf und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 2, die einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zum Verordnungsentwurf und zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. –

Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir kommen nun zur Beratung der Nummer 2 der Anlage zur Tagesordnung. Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben (Drs. 17/20)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Günther Felbinger. Bitte schön, Herr Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon wieder auf die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Bezug nehmen, der hier verkündet hat, dass es in der neuen Legislaturperiode einen Stellenstopp gibt. Es wird keine neuen Stellen im bayerischen Schulsystem und damit keinerlei Weiterentwicklung im bayerischen Schulsystem geben. Ruhe ist ja gut; aber zu viel Ruhe ist dann doch des Guten zu viel. Deswegen ist dieser Stellen-

stopp unserer Meinung nach sehr fahrlässig. Die Aufgaben der Schulen haben sich in vielfältiger Weise verändert. Ich nenne nur die Themen Inklusion, individuelle Förderung und Ausbau der gebundenen Ganztagschulen. Damit stehen Herkulesaufgaben vor uns, für die wir dringend neue Stellen benötigen.

Dieser Stellenstopp ist aber auch deswegen fahrlässig, weil die Staatsregierung mit ihrer Ankündigung, keine neuen Schulreformen zu wollen, bestätigt, dass sie keine Antworten für den Bestand der Schulen im ländlichen Raum hat. Herr Seehofer, Sie haben in der Regierungserklärung insgesamt drei Garantien abgegeben: keine neuen Schulreformen, die Grundschulgarantie und die Ganztagsgarantie. Des Weiteren haben Sie zur neuen Legislaturperiode das Kultus- und das Wissenschaftsministerium vereint. Für die Hochschulen haben Sie versprochen, die Exzellenz in Forschung, Lehre und Administration voranzutreiben. Auch die Schaffung eines Universitätsklinikums in Augsburg soll vorangetrieben werden. Ich könnte noch viele dieser vollmundigen Ankündigungen darbringen, möchte es aber damit bewenden lassen.

Das Fazit lautet für uns: All diese Ankündigungen benötigen Ressourcen und zusätzliche Stellen; allerdings ist ein Stellenstopp angekündigt worden. Wie soll das gelingen? Wir FREIEN WÄHLER haben den Bayernplan sehr intensiv durchgelesen. Es ist legitim, nachzuschauen, was die CSU den bayerischen Schulen darin so verspricht. Sie verspricht, dass die frei werdenden Lehrerstellen bei sinkenden Schülerzahlen vollständig im Bildungssystem belassen werden sollen. Dies wird als demografische Rendite bezeichnet. So weit, so gut. Aber die Debatten in der letzten Legislaturperiode haben uns gezeigt, dass die Staatsregierung in den Haushaltsplänen viel Verschleiernpolitik betreibt.

Ich bin mir sicher: Bis heute weiß keiner, ob überhaupt und, wenn ja, wie viele Stellen in der vergangenen Legislaturperiode geschaffen wurden. Ich bin mir sicher, Minister Dr. Spaenle weiß das bis heute nicht. Ich erinnere zudem daran, dass seinerzeit im Koalitionsvertrag zwischen der CSU und der FDP wörtlich festgelegt wurde, dass die demografische Rendite im Bildungssystem verbleiben soll. Was haben wir damals erlebt? Damals sind die Stellen in den Hochschulbereich gewandert, und die Schule hatte sie verloren. Ähnliches befürchten wir nun auch, wenn die beiden Ministerien für Hochschule und Kultus zusammengelegt werden. Hier besteht die reale Gefahr, dass es zu einem Verschiebeparkplatz zwischen den Schulen und den Hochschulen kommt. Am Ende wird man nur sagen können, dass die Stellen im Bildungssystem geblieben sind. Wir wollen aber, dass sie im Schulsystem bleiben; denn wir brauchen diese Stellen,

um die individuelle Förderung und die Inklusion umzusetzen und um den Ganztagsunterricht weiter voranzutreiben.

Deswegen brauchen wir eine klare Zusicherung Ihrerseits, dass diese Stellen tatsächlich an den Schulen bleiben und nicht anderweitig irgendwo im Bildungssystem verbraten werden. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf jetzt Herrn Kollegen Reiß als nächsten Redner ans Redepult bitten.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Felbinger, repetitio est mater studiorum.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

Wiederholung ist alles. Das scheint der Grundsatz der FREIEN WÄHLER bei diesem Dringlichkeitsantrag zu sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das muss man öfter sagen, ihr seid schwerhörig!)

Wir sollen uns heute zum dritten Mal mit diesem Dringlichkeitsantrag beschäftigen, nachdem wir ihn bereits im Bildungsausschuss und im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes diskutiert haben. Wir haben ihn zur Abstimmung gestellt. Der Antrag wird auch nach der dritten Wiederholung nicht besser.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Er ist gut genug!)

Herr Kollege Aiwanger, das einzig Gute an dem Antrag ist, dass er aus dem Bayernplan abgeschrieben worden ist.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Immerhin!)

Das ist Note 6. Das wird euch in Zukunft nicht mehr so gut gelingen. Jetzt sitzt ihr nicht mehr neben uns. Ihr könnt jetzt nicht mehr so leicht abschreiben.

(Heiterkeit bei der CSU)

Zukünftig müsst ihr eure Anträge selber entwickeln.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das finden wir im Internet!)

Nicht zuletzt hat unser Ministerpräsident in Berlin bestätigt bekommen, dass unsere Verhandler den Bay-

ernplan besser kennen als die Bibel. Er hat nicht damit gerechnet, dass die FREIEN WÄHLER dies als Steilvorlage nehmen. Die Exegeten der FREIEN WÄHLER überprüfen nicht nur unsere Bibelfestigkeit, sondern auch unsere Kenntnisse zum Bayernplan. Herr Kollege Felbinger hat es vorgelesen: Wir garantieren den bayerischen Schulen, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen die frei werdenden Lehrerstellen vollständig im Bildungssystem belassen bleiben.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Ein Schreibfehler, Schulsystem!)

- Herr Kollege Felbinger, euer Antrag hat auch einen Fehler. Der Antrag richtet sich an die Staatsregierung. Primat des Haushaltsgesetzgebers ist es, über den Stellenplan zu entscheiden. Von Doppelhaushalt zu Doppelhaushalt ist es unsere Aufgabe, über die Fragen der demografischen Rendite und den Verbleib der Stellen im Bildungs- und Schulsystem zu debattieren, zu beraten und schließlich zu entscheiden. Im Rahmen dieser Diskussionen werden Sie wie in der letzten Legislaturperiode feststellen, dass Bildung für uns ein Investitionsschwerpunkt ist und bleibt.

Allein die Entwicklung des Bildungsetats zeigt das eindrucksvoll auf. Der Bildungsetat hat sich seit dem Jahr 2008 von 8,9 Milliarden Euro auf 10,6 Milliarden Euro im Jahr 2013 erhöht. Nächstes Jahr wird der Bildungsetat 10,9 Milliarden Euro umfassen. In der letzten Legislaturperiode haben wir über 5.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Herr Kollege Felbinger, im Gegensatz zu Ihren Ausführungen haben wir die demografische Rendite im Bildungssystem, im Schulsystem belassen. Uns stehen heute 8.200 zusätzliche Stellen für neue Aufgaben zur Verfügung.

Diesen Weg werden wir in dieser Legislaturperiode konsequent weitergehen. Künftig werden wir in die Verkleinerung der Klassen, in den Ausbau der Ganztagsangebote, in die Verbesserung der individuellen Förderung, in den Ausbau der Bildungsangebote sowie in die Inklusion investieren. Das ist im Bayernplan so angelegt. Den Bayernplan haben wir nicht nur auf Bundesebene im Rahmen der Koalitionsverhandlungen umgesetzt. Die Umsetzung des Bayernplans werden wir mit unserem Handeln im Bayerischen Landtag in den nächsten Jahren unter Beweis stellen. Dafür brauchen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER an dieser Stelle nicht. Deshalb werden wir den Antrag wie im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und im Bildungsausschuss ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schon wieder!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf Frau Dr. Strohmayr an das Redepult bitten.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Kollegen von den FREIEN WÄHLERN sehr dankbar für diesen Antrag. Mit dem Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, eine Garantie dafür abzugeben, dass die Lehrerstellen bei sinkenden Schülerzahlen im System bleiben. Die Staatsregierung ist eigentlich nicht für die Lehrerstellen zuständig. Letztendlich werden die Lehrerstellen im Finanzministerium verwaltet. Dennoch glaube ich, dass das Ansinnen richtig ist. Wir müssen klären, wie es mit der demografischen Rendite aussieht.

Es gibt einem zu denken, wenn der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung drei Garantien abgibt, nämlich die Garantie für die Grundschulen, die Garantie für den Ganztags und die Garantie, keine weiteren Schulreformen durchzuführen. Hinsichtlich der demografischen Rendite hat er keine Garantie abgegeben. Im Gegenteil, er hat einen Stellenstopp angekündigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt noch schlimmer. Wir haben über diesen Antrag bereits im Ausschuss für Bildung und Kultus diskutiert. Das war am 14. November. Die Vertreterin des Kultusministeriums hat auf Nachfrage, wie hoch die demografische Rendite sei, geantwortet – ich zitiere: Sie sehe sich außerstande, die Schülerzahlen für die nächsten fünf Jahre und damit die demografische Rendite zu prognostizieren. Das Berechnungsverfahren sei sehr technisch. Zunächst würden die voraussichtlichen Schülerzahlen für die einzelnen Schularten geschätzt und danach der voraussichtliche Grundversorgungsbedarf für eine Klasse ermittelt. Berücksichtigt würden dabei auch Veränderungen beim verpflichtenden Arbeitszeitkonto. Angesichts der sinkenden Schülerzahl ergebe sich somit rechnerisch eine demografische Rendite. Diese demografische Rendite könne momentan nur mit den aktuellen Zahlen berechnet werden. Für die Zukunft lägen keine Zahlen vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das eigentliche Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Bankrotterklärung für ein Ministerium. Aus meiner Sicht ist es unvorstellbar, dass ein Personalhaushalt, der über 100.000 Lehrkräfte umfasst, nur von Jahr zu Jahr bewältigt werden soll. Wenn das tatsächlich so wäre, wäre das eine Katastrophe!

Für mich ist es ebenfalls unvorstellbar, wie ohne das Verbleiben der demografischen Rendite im System die vielen zusätzlichen Aufgaben, die der Ministerprä-

sident in seiner Regierungserklärung selbst vorgegeben hat, bewältigt werden können. Ich nenne nur die Inklusion. Mich rufen täglich viele Lehrer an, die maßlos überfordert sind, Herr Ministerpräsident.

(Unruhe bei der CSU)

Sie wissen nicht, wie sie mit einer Klasse von Kindern mit zusätzlichen Bedürfnissen umgehen sollen. An dieser Stelle brauchen wir zusätzliche Lehrer. Für das individuelle Lernen brauchen wir ebenfalls mehr Lehrer. Wir brauchen insbesondere an Realschulen kleinere Klassen. Über 1.000 Realschulklassen setzen sich aus über 30 Schülern zusammen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Begabtenförderung angesprochen. Sie wollen vieles verändern. Ich frage mich, wie das ohne zusätzliche Lehrer gelingen soll. Sie haben den Ganzttag angesprochen. Ich frage mich, wie ein gut rhythmisierter Ganzttag ohne zusätzliche Lehrer funktionieren soll. Die demografische Rendite muss im System bleiben! Wir müssen offen damit umgehen, wo wir tatsächlich stehen. Es muss offengelegt werden, wie viele Lehrer wir zukünftig brauchen und wie sich unsere Schülerzahlen entwickeln. Deswegen haben wir diesem Antrag der FREIEN WÄHLER im Ausschuss zugestimmt.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich darf Kollegen Gehring bitten.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kultusminister Spaenle hat zu Beginn des Schuljahres und dieser Legislaturperiode die Parole Ruhe ausgegeben. Ende Oktober hat er einen politischen Kassensturz im Bildungssystem angekündigt. Beim Kassensturz rappelt es ganz gewaltig, da gibt es keine Ruhe. Normalerweise macht man einen Kassensturz, wenn man der alten Regierung nicht traut, wenn man sagt: Die Zahlen stimmen nicht, wir müssen wirklich alles auf den Tisch legen und eine neue Politik beginnen. An diesem Kassensturz beteiligen wir uns gerne.

Gleichzeitig hat der Ministerpräsident eine magische Gleichung aufgestellt: flächendeckender Ausbau der Ganzttagsschule, Grundschulgarantie, barrierefreies Bayern, das bedeutet auch viel für Schule und Inklusion. Er hat aber auch gesagt: keine neuen Stellen und keine neuen Schulden. In dieser magischen Rechnung kommt der sogenannten demografischen Rendite eine echte Zauberfunktion zu.

Die demografische Rendite ist die rechnerische Größe der Lehrerstellen, die bei zurückgehenden

Schülerzahlen frei werden. Mit dieser demografischen Rendite müssen alle diese Aufgaben gelöst werden. Deswegen ist der Antrag der FREIEN WÄHLER natürlich richtig, zu sagen: Die demografische Rendite muss im System bleiben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber nicht neu!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür muss man zunächst aber wissen, wie hoch diese demografische Rendite eigentlich ist. Wie hoch ist sie im Jahr 2014, 2015, 2016, 2017, 2018? Lieber Kollege Reiß, es geht darum, dass der Landtag als Haushaltsgesetzgeber, das Königsrecht des Parlaments, die Zahlen kennt: Wie hoch ist sie denn tatsächlich? – Wir haben diese Zahlen nicht bekommen. Im Bildungsausschuss gab es keine Zahlen. Mein Eindruck ist, dass man im Kultusministerium gar keine Ahnung davon hat, was das ist.

Wir machen Politik für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit. Und dafür haben wir keine Zahlen. Wir wissen nicht, ob die demografische Rendite ausreicht und die tolle Rechnung des Ministerpräsidenten aufgeht. Bleibt vielleicht sogar etwas übrig? Kann man vielleicht noch etwas streichen? Oder wird Geld umgeschichtet? – Dass die demografische Rendite im Schulsystem bleiben soll, ist nicht unerheblich.

Wir haben es in der Vergangenheit schon erlebt. Kollege Felbinger hat darauf hingewiesen, dass 1.200 Stellen von den Grund- und Hauptschulen weggenommen und an die Hochschulen verlagert wurden. Wo bleibt also die demografische Rendite, und wie geht man damit um?

Außerdem gibt es viele Aufgaben, die der Ministerpräsident gar nicht angesprochen hat. Kleinere Klassen sind solch ein Thema. Wir haben an den Realschulen immer noch rund 1.000 Klassen mit mehr als 30 Schülerinnen und Schülern. Dort müssen Ressourcen reingesteckt und Stellen geschaffen und finanziert werden.

Wir haben auch nichts zur Situation der Schulen im ländlichen Raum gehört, der Mittelschulen, über die man nicht so oft redet wie über die Gymnasien. Wenn man Standorte erhalten will, braucht man dafür Ressourcen, man braucht Stellen. Diese Diskussion können wir hier nur führen, wenn wir die demografische Rendite kennen. Ich weiß nicht, ob in der Staatsregierung jemand Ahnung davon hat. Für uns ist es selbstverständlich, dass dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber die Zahlen und Modellrechnungen vorgelegt werden, damit wir auf dieser Grundlage entscheiden können. Wir werden dem Antrag der FREIEN WÄHLER schon deshalb zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Ich darf jetzt Herrn Staatssekretär Eisenreich bitten.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin leider etwas erkältet, deshalb ist die Stimme heute etwas tiefer als sonst.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wir verstehen Sie schon!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir haben in den letzten fünf Jahren bewiesen, dass die Bildung für uns ein Investitionsschwerpunkt ist. Sie wird auch ein Investitionsschwerpunkt bleiben. Wir haben bei der letzten Landtagswahl von den Bürgerinnen und Bürgern auch deswegen eine so hohe Zustimmung bekommen, weil sie, die Lehrer, die Eltern und die Schüler gemerkt haben, dass uns die Bildung wichtig ist und wir viel in die Bildung investieren. Kollege Reiß hat es schon gesagt: Wir haben den Kultusetat in den letzten Jahren seit 2008 um insgesamt zwei Milliarden Euro von 8,6 Milliarden auf 10,6 Milliarden Euro gesteigert. Wir haben rund 6.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Herr Kollege Gehring, die Stellen, die formal an die Hochschulen gewandert sind, kamen durch zusätzliche Stellen wieder an die Schulen, sodass sie für das Schulsystem nicht verloren gegangen sind.

Der Ministerpräsident hat Schwerpunkte im Bereich der Bildung festgelegt, seien es der Ausbau der

Ganztagsschule, die Grundschulgarantie, die Digitalisierung. Selbstverständlich werden die genannten Schwerpunkte auch finanziert werden. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Wir werden das in den anstehenden Beratungen des Bayerischen Landtags besprechen; denn der Haushaltsgesetzgeber ist immer noch dieses Haus. Die angekündigten Maßnahmen werden finanziert werden. Darauf können sich die Wählerinnen und Wähler und die Bürgerinnen und Bürger verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt auf Drucksache 17/176 die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die CSU. Stimmenthaltungen? – Keine Enthaltungen. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Machen Sie sich für heute Abend schön! Bis später. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.16 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über einen Verordnungsentwurf und der nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Staatsregierung
 auf Zustimmung gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 4 des Denkmalschutzgesetzes zum Entwurf einer Zwölften Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
 Drs. 17/43, 17/235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben
 Drs. 17/20, 17/176 (A)

der Dringlichkeitsantrag wird gesondert beraten

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen – Sofortige Einrichtung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen für Bayern
 Drs. 17/47, 17/147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlinge menschenwürdig behandeln – Bargeld statt Essenspakete
Drs. 17/48, 17/148 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sofort aus der Bayernkaserne in München in Jugendhilfeeinrichtungen verlegen – zusätzliche Plätze in der Clearingstelle für minderjährige Flüchtlinge schaffen!
Drs. 17/54, 17/149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage unter bayerischen Pflegekräften zur Pflegekammer vorlegen!
Drs. 17/53, 17/189 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Pflegerotstand in Bayern
Drs. 17/86, 17/190 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Befragung zur Einrichtung einer Pflegekammer in Bayern
Drs. 17/87, 17/191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Repräsentative Umfrage zur Errichtung einer Pflegekammer – wo sind die Ergebnisse?
Drs. 17/91, 17/192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BayernLB: Rückzahlungen sicher? Landtag informieren!
Drs. 17/123, 17/173

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Turbulenzen bei der Landesbank - Sachstandsbericht
Drs. 17/144, 17/174

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch u.a. SPD
Risiken bei der BayernLB und Kosten für den Staatshaushalt
Drs. 17/159, 17/175

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Walter Taubeneder, Alex Dorow u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Subsidiarität – Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung
(BR-Drs. 735/13)
Drs. 17/120, 17/121 (E)

Es wurde nicht beantragt, die Angelegenheit der Vollversammlung vorzulegen.

Die Eilentscheidung (Beschluss) des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen vom 26. November 2013 gemäß § 151 GeschO ist somit endgültig. (Drs. 17/122).

Ein Plenarbeschluss ist nicht mehr erforderlich.